Gemüse geht jetzt zum Tätowierer

Verpackungen der Zukunft / Wider den Plastik-Irrsinn: Verfahren wie Natural Branding oder natürliche Zusatzschichten setzen sich nur langsam durch.

Wir Clehensmittel

Plastik-Alternativen: Eine natürliche Zusatzschicht um Avocados namens «Apeel», Mehrweg-Netze oder ein Laser-Tattoo auf Früchten und Gemüse (Smart Branding). (Bilder Edeka/Keystone)

ZÜRICH Die Schweiz verbraucht dreimal so viel Plastik wie andere europäische Länder, rezykliert aber 30 Prozent weniger. Gemäss einem Bericht des Branchenverbandes Plastics Europe liegt sie damit deutlich hinter anderen Ländern.

Biogemüse in Plastik

Über 75% des in der Schweiz verbrauchten Plastiks sind Einweg-Verpackungen. Besonders gerne in Plastik eingeschweisst werden ausgerechnet Biofrüchte und -gemüse. Die Detailhändler rechtfertigen das – etwa bei den Gurken – mit der Haltbarkeit. Nötig sind die Verpackungen, Sticker oder Banderolen aber auch, weil das Gesetz verlangt, dass Bioprodukte als solche markiert werden, um sie von konventioneller Ware abzugrenzen.

Längst wird fleissig an umweltfreundlicheren Lebensmittel verpackungen geforscht. «Es gibt verschiedenste spannende Forschungsgebiete», sagt Andreas Bühlmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Agroscope, der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt des Bundes. Er weist auf bioabbaubaren oder rezyklierbaren, nicht-fossilen Plastik und auf natürliche Wachse wie Apeel hin (siehe Kasten).

Das Tattoo für die Frucht

«Nicht neu, aber erwiesenermassen effizient wäre auch breiter einsetzbarer Monoplastik», so And-

«Hey Migros, habt ihr euch auch endlich zum Tätowierer getraut ...»

Lidl frotzelt auf Instagram über Mitbewerber Migros.

reas Bühlmann. Monoplastik bedeutet, dass er nur aus einer Art besteht. Bioabbaubarer Plastik werde zum Teil bereits eingesetzt, sagt Bühlmann, natürliche Beschichtungen wie Apeel und Smart Branding seien bei gewissen Lebensmitteln einsatzbereit.

Beim Smart Branding oder Natural Branding markiert ein hochauflösender Laser die Haut oder Schale von Früchten und Gemüse. Das Laserlicht löst dabei die Pigmente aus der Oberfläche. Der Vorgang schade dem Produkt nicht, auf dem Fruchtfleisch sieht man nichts.

Detailhandel ziert(e) sich

In Deutschland setzte 2018 die Rewe-Group als erster Detailhändlerin auf das Verfahren. In der Schweiz kommt Smart Branding bei Lidl seit zwei Jahren zum Einsatz. Bio-Kiwis, -Mangos, -Granatäpfel und -Avocados werden so gekennzeichnet. Bald sollen Grapefruits, Zitronen, Ingwer und Süsskartoffeln folgen, wie das SRF-Konsumentenmagazin «Espresso» am Mittwoch berichtete.

Die beiden Branchenführer Coop und Migros taten sich lange schwer mit dem Verfahren. Jetzt kommen sie langsam in die Gänge. Coop testet Natural Branding aktuell bei Wassermelonen, Migros bei Avocados und Mangos. Die Ankündigung des orangen Riesen nahm Mitbewerber Lidl Schweiz gleich zum Anlass für einen spöttischen Seitenhieb auf Instagram: «Hey Migros, wir haben gelesen, dass ihr euch auch endlich zum Tätowierer getraut habt. Willkommen im Club.» Auch Aldi bleibt nicht untätig. Bei Granatäpfeln und Kiwis laufen Tests mit Smart Branding.

Ungenauer Strichcode

Warum tat sich der Detailhandel eher schwer mit dem neuen Verfahren? Man wolle bei den Tests Vorsicht walten lassen, damit man nicht plötzlich viele Früchte wegwerfen müsse, hiess es von Migros gegenüber «Espresso». Coop liess verlauten, die Lasertechnik sei schon gut, aber manchmal gebe es noch Probleme. Wenn der Strichcode zum Beispiel ungenau gelasert sei, gebe es Probleme an der

Ein anderes Thema sind Aufkleber auf Früchten und Gemüse. «Was sollen diese unsinnigen Plastikkleber auf jeder einzelnen Frucht?», wollte der ehemalige Ständerat Werner Hösli (SVP/GL) 2018 in einer Interpellation wissen. Nach Auffassung des Bundesrates gibt es keine ausreichenden Gründe für ein Verbot dieser Kleber, wie er in seiner Antwort schrieb: «Ein Verbot wäre kontraproduktiv und wenig zielführend: Aufgrund der gesetzlichen Kennzeichnungspflicht nach der Bio-Verordnung bestünde das Risiko, dass die Produzentinnen und Produzenten aufwendigere, kostenintensivere und eventuell weniger umweltverträgliche Lösungen (zum Beispiel eine Plastikumhüllung) anwenden wür-

Kompostierbare Kleber

Über die Aufkleber ärgerte sich nicht nur Politiker Werner Hösli, sondern auch ein «Espresso»-Hörer. Er habe Komposterde von einem Nachbarn erhalten und darin solche Sticker gefunden, obwohl der Kompost schon zwei oder drei Jahre alt sein, monierte er in der Radiosendung.

«So ein Kleber muss einiges aushalten. Er muss auf rauen Oberflächen kleben bleiben. Beim Transport ist er Kälte ausgesetzt, in der Filialen dann wiederum

«Kompostierbare Kleber sind noch nicht allen Herausforderungen gewachsen»

Ein Mediensprecher der Migros gegenüber «Espresso».

Wärme», sagte ein Migros-Sprecher dazu. Kompostierbare Kleber seien teilweise noch nicht all diesen Herausforderungen gewachsen, man arbeite aber an einer Lösung. Bis Ende Jahr werde man bei den meisten Früchten und Gemüsen die bisherigen Sticker durch kompostierbare ersetzen, hiess es derweil bei Coop.

SCHNELL GELESEN

Es gibt noch viel zu tun

ährend die Schweizer(innen) beim PET-Recycling Spitze sind, gibt es beim Plastikabfall noch viel Aufholbedarf. Unsinnig viel Plastik bei den Lebensmittelverpackungen ärgert viele Konsumentinnen und Konsumenten, etwa in Plastik eingeschweisste Biogurken. Alternativen gibt es bereits einige: Beim Smart Branding werden Früchte und Gemüse mit einem Laser tätowiert. Essbare Zusatzschichten aus pflanzlichen Lipiden sollen Früchte und Gemüse länger haltbar machen. Detailhändler testen die neuen Verfahren zwar, aber es geht langsam voran.

Kostenpflichtige Plastiksäckli – EU verbietet Wattestäbli und Trinkröhrli

In Coop-, Migros- und Manor-Geschäften erhalten Kunden und Kundinnen seit Anfang Jahr keine Plastik-Tragetaschen mehr gratis. Gegen Bezahlung sind die Plastiktüten aber weiterhin zu haben. Grundlage ist eine freiwillige Branchenvereinbarung von Swiss Retail Federation und der IG Detailhandel. Die Detailhändler dehnen ihre freiwillige Branchenvereinbarung per Ende 2020 von Einweg-Plastiksäcken auf Mehrweg-Säcke aus.

Kosten fünf Rappen

2012 hatten die eidgenössischen Räte die Motion «Stopp der Verschmutzung durch Wegwerf-Plastiksäcke» des ehemaligen Nationalrats Dominique de Buman (CVP/FR) überwiesen, die ein Verbot von Einweg-Plastiksäcken forderte. Die Swiss Retail Federa-

tion kam einem Verbot mit ihrer Branchenvereinbarung zuvor. Die sogenannten Raschelsäckchen kosten seit 2016 fünf Rappen.

Der Verbrauch der Säckchen habe in den beteiligten Lebensmittelläden um 86 Prozent oder 361212000 Säckchen gesenkt werden können, teilten die Verbände im Oktober 2019 mit. Coop hielt fest, selbst pro Jahr 850 Tonnen Neu-Plastik gespart zu haben, seit die Vereinbarung umgesetzt wird. Migros meldete einen Rückgang von 83 Prozent bei den Säckchen.

Wo die Plastikhülle aus hygienischen Gründen nötig ist und auch für den Offenverkauf von Gemüse und Früchten dürfen die Säcke oder Säckchen weiterhin gratis abgegeben werden. Bei Früchten und Gemüse bieten die Detailhändler als Alternative Mehr-

zwecknetze, so genannte Multibags, an.

EU verbietet Wattestäbchen

Schon weiter beim Kampf gegen den Plastikmüll ist die EU. Das Verbot etlicher Wegwerfprodukte aus Plastik ist im Mai 2019 endgültig verabschiedet worden. Die EU-Staaten stimmten in Brüssel für entsprechende neue Regeln. Das Europaparlament und die EU-Länder hatten die Änderungen zuvor bereits ausgehandelt und angenommen.

Ab 2021 werden ausgewählte Einwegprodukte verboten, für die es umweltfreundliche Alternativen auf dem Markt gibt: Wattestäbchen, Besteck, Teller, Strohhalme, Rührstäbchen, Stäbchen für Ballons sowie Becher, Lebensmittel- und Getränkebehälter aus expandiertem Polystyrol. Betrof-

fen sind auch alle Produkte aus sogenanntem oxo-abbaubarem Kunststoff. Dieser soll sich nach Nutzung zwar zersetzen; jedoch zeigen Untersuchungen, dass dies offenbar nicht vollständig

2050 mehr Plastik als Fisch

Hintergrund der politischen Bestrebungen in der Europäischen Union ist die enorme Menge an Plastikmüll in den Meeren. Plastik kann Tieren gefährlich werden, weil sie sich etwa darin verheddern oder es mit Nahrung verwechseln. Über den Verzehr von Meerestieren kann der Kunststoff letztlich auch in den menschlichen Körper gelangen. Ohne eine Kursänderung könnte es laut EU-Kommission im Jahr 2050 bereits mehr Plastik als Fisch in den Ozeanen geben. jw

Essbare Zusatzschicht

Eine pflanzliche Zusatzschicht soll Gemüse und Früchte länger haltbar machen: Als erster Schweizer Detailhändler testet Migros bei Avocados die Innovation des US-Unternehmens Apeel. Die geschmacklose Schicht aus Lipiden könne ohne Bedenken konsumiert werden, teilte die Migros kürzlich mit. Ziel sei es, die eigene Feuchtigkeit der Lebensmittel drinnen und den Sauerstoff draussen zu halten. Die Avocados gibt es erst einmal nur bei Migros Ostschweiz zu kaufen. Bei einem erfolgreichen Verlauf werde eine Ausweitung auf weitere Genossenschaften und Früchte- und Gemüsesorten in Betracht gezogen, hielt Migros fest. jw

Aktuell BAUERNZEITUNG 28. August 2020

Mitbewerber Migros setzt unter $dessen\"{o}ffentlichkeitswirk sam~auf$ das Recycling von Plastikverpackungen. Im Juni stellte der Grossverteiler seinen neuen Plastik-Sammelsack vor. Diesen findet man zuerst nur in den Filialen der Migros Luzern. Schritt für Schritt sollen schweizweit weitere Genossenschaften bis Frühjahr 2021 folgen. Das Ziel sei es, über 50 Prozent des gesammelten Plastikabfalls für Verpackungen und Produkte wiederzuverwenden, liess Migros wissen. Langfristig sollen es 70 Pro-

Intelligente Verpackungen

Geforscht wird unterdessen auch an funktionellen Verpackungen, die etwa antimikrobielle Eigenschaften aufweisen oder bestimmte Eigenschaften des Produktes messen und anzeigen können. «Diese Verpackungen sind meines Erachtens noch weit von der Umsetzung entfernt, da die Entsorgungsfrage ungleich komplizierter wird», sagt Andreas Bühlmann von Agroscope.

kg Haushaltsabfälle produziert die Schweiz pro Person und Jahr, das macht uns zum weltweit drittgrössten Abfallproduzenten. 125 kg Plastik verbrauchen Schweizer(innen) pro Jahr

und Kopf, Die Tendenz ist steigend. 20 Prozent des Schweizer Mülls sind Plastikabfälle.

800000 Tonnen Plastik produziert die Schweizer Kunststoffindustrie laut eigenen Angaben pro Jahr. **41** Prozent davon werden für die Verpackungsindustrie verwendet. 30 Minuten: Nach dieser Zeit landen Plastiksäcke

durchschnittlich im Müll 5000 Tonnen Plastik gelangen in der Schweiz jährlich in die Umwelt. 80 Prozent der PET-Flaschen in der Schweiz wer-

den recycelt.

Jeanne Woodtli



Ein toter Delfin umgeben von Plastik-Abfällen, angespült in der Ukraine.

Zurück an den Absender

AP 22+ / Die Ständerats-Kommission will das Paket sistieren und verlangt einen umfassenderen Ansatz.

BERN Die Diskussionen um die Agrarpolitik 2022+ (AP 22+) haben eine überraschende Wende genommen. Weder hat die ständerätliche Wirtschaftskommission (WAK-S) dem Paket zugestimmt, noch hat sie es zurückgewiesen. Vielmehr beantragt die Kommission mit 6 (bürgerlichen) Ja- zu 4 (linksgrünen) Nein-Stimmen und einer Enthaltung eine Sistierung von AP 22+.

Finanzrahmen ungeschoren

Die Schubladisierung der AP 22+ muss in der Wintersession noch vom Plenum abgesegnet werden. Sie dürfte aber gute Chancen haben, da die bürgerlichen Parteien im Moment aufgrund diverser hängiger Vorlagen auf bäuerliche Stimmen angewiesen sind.

Die geplante Sistierung gilt für Landwirtschaftsgesetz, Bodenrecht und Tierseuchengesetz. Nicht betroffen ist die Debatte um den landwirtschaftlichen Finanzrahmen 2022-25, den die WAK-S wie geplant kommende Woche in Angriff nehmen will.

«Nur negative Punkte»

Die Denkpause im agrarpolitischen Prozess begründet die Mehrheit der Kommission damit, dass die «Vorlage des Bundesrats in ihrer derzeitigen Fassung nur negative Punkte enthält (zusätzliche und höhere Auflagen für die Landwirtschaft, geringere Direktzahlungen, Preisverluste und Einkommensrückgang, Rückgang des Selbstversorgungsgrads, usw.)».

Damit biete die AP 22+ für die Landwirtschaft keine langfristige Perspektive, heisst es in einer Mitteilung der WAK-S. Gefordert wird nun ein «ganzheitlicher Ansatz für die Agrarpolitik». Zu diesem Zweck hat die WAK-S ein Kommissionspostulat eingereicht, welches die entsprechenden Forderungen der bürgerlichen Mehrheit zusammenfasst.

Was das Postulat will

Das Postulat der WAK-S listet auf, welche Aspekte vertieft zu prüfen sind:

- Massnahmen zur Aufrechterhaltung des Selbstversorgungsgrades.
- Erweiterung der Agrarpolitik in Richtung einer ganzheitli-



das Gremium vergangene Woche beschlossen. (Bild Parlamentsdienste, 3003 Bern)

chen Politik für gesunde Ernährung und nachhaltige Lebensmittelproduktion.

- Möglichst weitgehende Schliessung der Kreisläufe aller Nährstoffe über die gesamte Wertschöpfungskette inklusive Konsum.
- Reduktion der Komplexität und Fokussierung auf besonders wirksame agrarpolitische Instrumente; Reduktion des

«AP 22+ bietet keine langfristige Perspektive.»

Die Wirtschaftskommission des Ständerats in ihrer Begründung zur Sistierung der AP 22+

administrativen Aufwandes für die Landwirtschaft und Reduktion der Verwaltung beim Bund und bei den Kantonen.

 Rahmenbedingungen schaffen für eine möglichst grosse unternehmerische Freiheit und wirtschaftliche Perspektive für die Land- und Ernährungswirtschaft.

Reduktion von Wettbewerbsverzerrungen zwischen Inlandproduktion und Importen aufgrund unterschiedlicher gesetzlicher Vorschriften für die Produktion unter Berücksichtigung internationaler Verpflichtungen.

Wird aus AP 22+ die AP 25+?

Die WAK-S erwartet, dass die Nachbesserungen des Bundesrats bis 2022 in Form eines Berichts vorliegen. Damit dürfte aus der AP 22+ eher eine AP 25+ oder gar 26+ werden, sollte sich diese Vorgehensweise auch im Plenum der kleinen Kammer durchsetzen.

Widerstandslos wird das kaum gelingen. Die linksgrüne Minderheit spricht sich laut der Mitteilung der WAK-S gegen diese Sistierung aus, «da sie es für dringlich erachtet, einen stabilen Rechtsrahmen für einen Berufszweig zu schaffen, der unter starkem Druck steht».

Es werde die Gelegenheit verpasst, die Landwirtschaft rechtzeitig auf die zahlreichen internationalen Entwicklungen und ökologischen Herausforderungen vorzubereiten, der sie sich in den kommenden Jahren zwangsläufig stellen muss, so die Minderheit.

Ein Deal mit der FDP

Wie die «SonntagsZeitung» berichtet, war die relativ knapp Zustimmung in der WAK-S dank eines konkreten Deals zustande gekommen. Der SBV will im Gegenzug die Konzernverantwortungs-Initiative bekämpfen, die am 29. November zur Abstimmung kommt: «Wir schlagen unserer Basis die Nein-Parole vor und wollen dann auch dafür kämpfen. Es braucht eine gute Zusammenarbeit unter den Wirtschaftsverbänden», lässt sich Markus Ritter im Artikel zitieren. Schlüsselmoment war dabei offenbar die Überzeugung des Zürcher FDP-Ständerats Ruedi Noser.

Parmelin warnt

Agrarminister Guy Parmelin zeigte sich im «Echo der Zeit» von Radio SRF enttäuscht über die Verzögerungstaktik der WAK-S. Die AP 22+ sei ein guter Kompromiss. Er warnt die bürgerliche Kommissions-Mehrheit vor den anstehenden Initiativen. Mit der Sistierung wachse die Gefahr der Zustimmung, sagte er.

SBV: «neue Chance» – Agrarallianz befürchtet Schwächung des Sektors

Der Sistierungsentscheid der WAK-S zur AP 22+ hat für unterschiedliche Reaktionen gesorgt. Sie reichen von Genugtuung bis Entsetzen.

SBV: Hin zur Ernährungspolitik

Der Schweizer Bauernverband (SBV) erklärte in einer Mitteilung, die Vorgehensweise biete die Chance, die einseitige Agrarpolitik zu einer glaubwürdigen Ernährungspolitik umzubauen. Er sieht im Beschluss der WAK-S eine Chance, «dass die Schweiz anstelle einer einseitig auf die Landwirtschaftsbetriebe fokussierten Agrarpolitik endlich eine Diskussion über eine zukunftsgerichtete und kohärente Ernährungspolitik führt». Eine solche müsse von der Heu- bis zur Essgabel greifen und allen Akteuren auch den Bauernfamilien wirtschaftliche Perspektiven bieten, so der SBV.

Der Verband erwartet, «dass der Bundesrat mit dem Beschluss der WAK-S nun auch ernsthafte Vorschläge zur Umsetzung des im Jahr 2017 vom Volk

mit 78,6% angenommenen Verfassungsartikels 104a zur Ernährungssicherheit vorlegt».

Bäuerinnen fast zufrieden

Positiv äusserte sich auch der Schweizerische Bäuerinnen- und Landfrauenverband (SBLV). Der Verband hofft laut einer Mitteilung, dass der Bundesrat nach der Sistierung «wichtige Mängel» in der AP 22+ wird korrigieren können, so etwa im Bereich des bäuerlichen Bodenrechts, bei den Einkommen, beim Selbstversorgungsgrad oder beim administrativen Aufwand. Hingegen begrüsse man die vorgesehenen Massnahmen im Bereich der sozialen Sicherheit für die Ehepartnerinnen und die eingetragenen Partner, so der SBLV.

Agrarallianz: Umwelt im Regen

Deutlich negativer tönt es auf der Seite der Agrarallianz. Statt die Probleme zu lösen und die austarierten Massnahmen nun endlich in Gesetzesform zu giessen, verlange die WAK-S vom Bundesrat weitere Berichte. Damit lasse

die WAK-S die markt- und umweltorientierten Landwirtschaftsbetriebe und ihre Marktpartner im Regen stehen. Statt Planungssicherheit zu schaffen und den Verfassungsauftrag zur Ernährungssicherheit endlich umzusetzen, riskiere sie nun, dass das Volk via Initiativen Klarheit schafft. Mit der Sistierung der AP 22+ habe die WAK-S offenbar «dem Druck und den offenen Erpressungsversuchen des Bauernverbands bezüglich Mercosur-Verträgen nachgegeben».

Mit dem Entscheid würden der Rückgang der Biodiversität sowie die Nährstoffüberschüsse und die Auswirkungen des Klimawandels auf Jahre hinaus agrarpolitisch ignoriert, so die Agrarallianz. Die Schweiz gerate in Rückstand zur EU, nachdem diese vor Kurzem einen ehrgeizigen «Green Deal» beschlossen hat. Damit werde der ganze Sektor geschwächt.

Bio Suisse: Probleme bekannt

Negativ äussert sich auch Bio Suisse: «Die Probleme mit Pestiziden, Nährstoffüberschüssen,

Kraftfutterimporten und beim Tierwohl seien bekannt und zu lösen. Mit ihrer «Arbeitsverweigerung» riskiere die WAK-S, dass das Stimmvolk mit den hängigen Initiativen das Heft in die Hand nehme, so Präsident Urs Brändli.

Umweltverbände sind entsetzt Die Umweltorganisationen Pro

Natura, WWF Schweiz, BirdLife Schweiz und Greenpeace Schweiz sind «entsetzt» über den Entscheid der WAK-S. «Das heisst, jahrelang soll nichts gegen die gravierenden Missstände in der Landwirtschaft unternommen werden», bilanzieren die Verbände. Die Kommission weigere sich damit, den Verfassungsauftrag zur Ernährungssicherheit umzusetzen.

Aus Sicht der Initianten der Trinkwasser-Initiative bedeutet die Sistierung, dass «Sorgen und Ängste der Bevölkerung ignoriert werden». Angesichts der «Totalblockade durch die vom Bauernverband angeführte Agrarlobby» brauche es eine entscheidende Intervention des Volkes. akr/jsc